Dagmar Müller

Zugänglichkeit sozialstaatlicher Leistungen für Familien

Jahrestagung der evangelischen arbeitsgemeinschaft familie (eaf) e.V.
„Think big! Zukunftsfähiger Sozialstaat für Familien“

24. September 2026, Wuppertal

Deutsches Jugendinstitut

Deutsches Jugendinstitut e. V.
Nockherstraße 2
D-81541 München

Postfach 90 03 52
D-81503 München

Telefon +49 89 62306-0
Fax +49 89 62306-162

www.dji.de

Was Sie erwartet

- Sozialstaatliche Leistungen für Familien: Welche gibt es und wozu?
- Zugänglichkeit bedarfsgeprüfter Leistungen: Das Problem der Nichtinanspruchnahme
- Zu den Empfehlungen der Sozialstaatskommission (KSR)
- Ein kurzes Fazit

Sozialstaatliche Leistungen für Familien

- Laut Bestandsaufnahme des ifo-Instituts gibt es derzeit 502 verschiedene Sozialleistungen in Deutschland (Geld-, Sach- und Dienstleistungen sowie steuerliche Freibeträge mit sozialpolitischem Zweck), darunter 49 im primären Themenfeld Familie & Kinder (Blömer et al. 2025a).

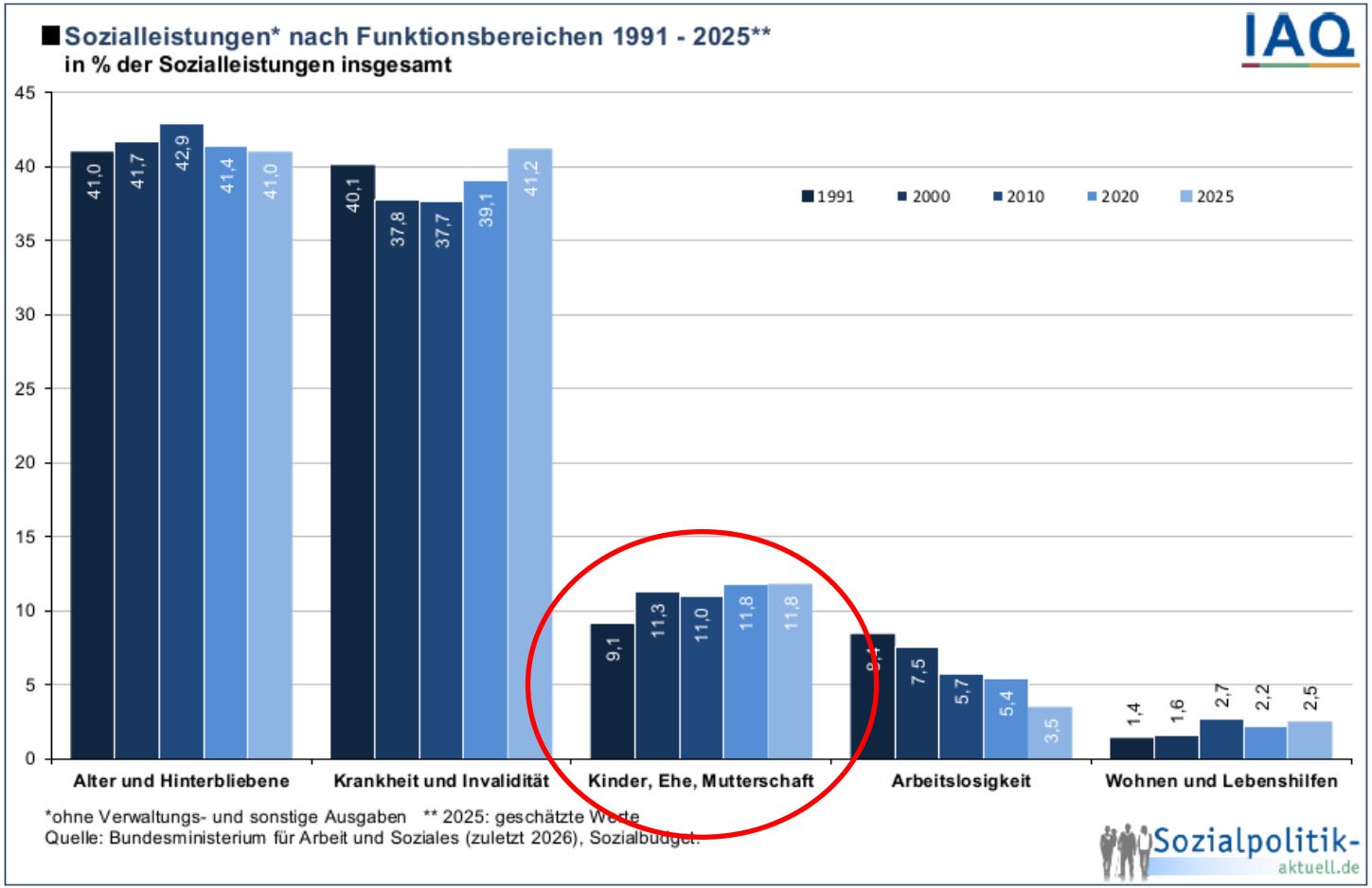
- Das BMFSFJ identifizierte 2010 insgesamt 156 ehe- und familienbezogene Leistungen des Staates mit einem Gesamtvolumen von rund 200 Mrd. Euro (BMFSFJ 2010).

- Unterschiedliche Zielsetzungen, Bsp. Gesamtevaluation: Nachteilsausgleich gegenüber Kinderlosen, Erfüllung von Kinderwünschen, wirtschaftliche Stabilität von Familien, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wohlergehen und gute Entwicklung von Kindern (Bonin et al. 2013) .

Einige relevante Leistungen für Familien

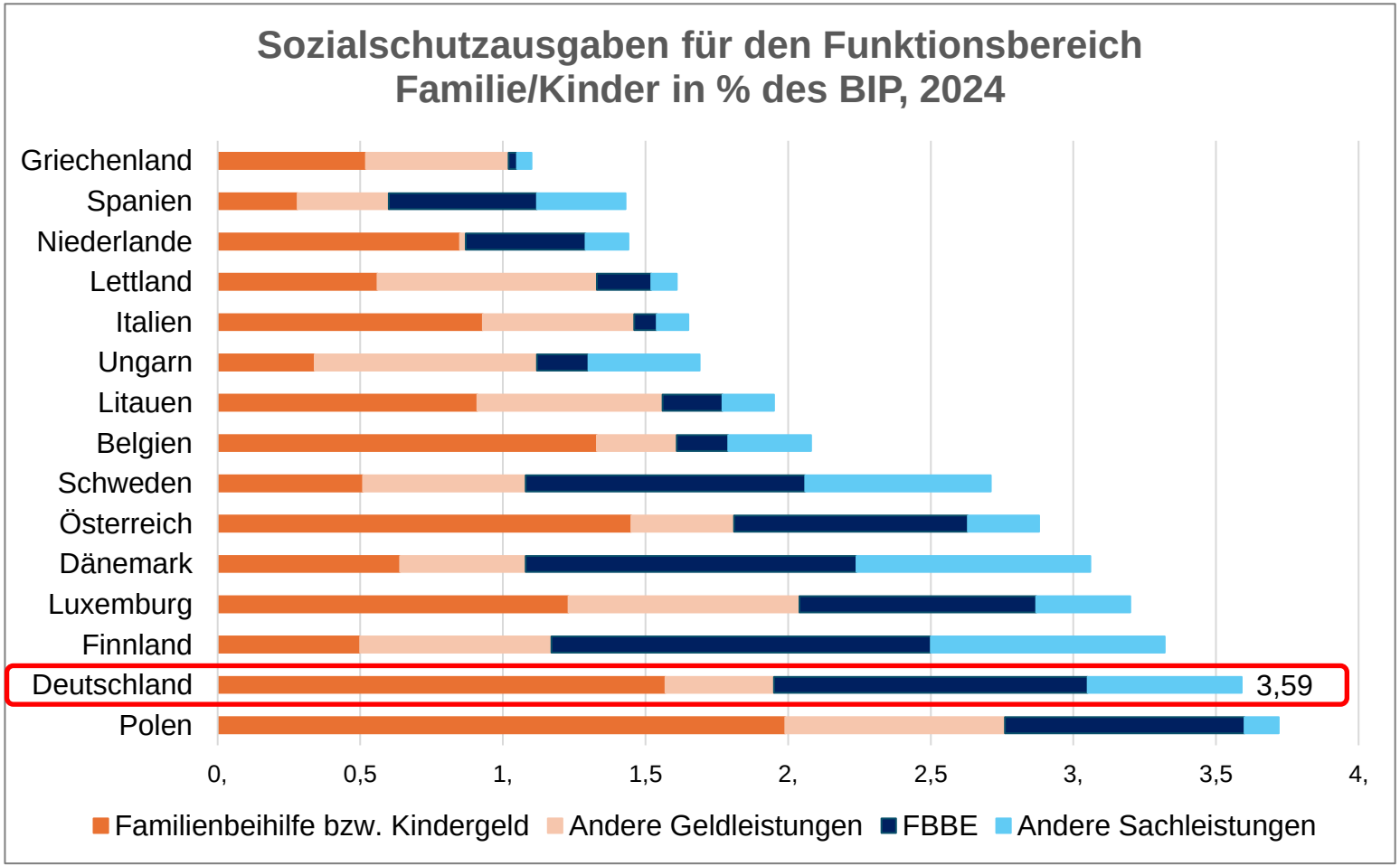
- Steuerliche Leistungen, z.B.
  - Familienleistungsausgleich: Kindergeld und Kinderfreibetrag (2025 rd. 62,2 Mrd. Euro)
  - Entlastungsbetrag für Alleinerziehende
  - Ehegattensplitting (2025 rd. 24,9 Mrd. Euro)
- Geldleistungen, z.B.
  - Elterngeld (2025 rd. 7,8 Mrd. Euro)
  - Kinderzuschlag (2025 rd. 3,3 Mrd. Euro)
  - Unterhaltsvorschuss (2024 rd. 3,2 Mrd. Euro)
  - BAföG (2025 rd. 2,1 Mrd. Euro)
  - Wohnraumförderung (Baukindergeld, KfW-Programme, Sozialer Wohnungsbau)
- Leistungen der Sozialversicherungen, z.B.
  - Witwen- und Witwerrente (2025 rd. 51,9 Mrd. Euro Rentenausgaben)
  - Anrechnung von Kindererziehungszeiten (2025 rd. 23,2 Mrd. Euro)
  - beitragsfreie Familienversicherung in der GKV
  - Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft (2025 rd. 1,6 Mrd. Euro Ausgaben der GKV (ohne stat. Entbindung))
- Sachleistungen / Realtransfers, z.B.
  - Kindertagesbetreuung (2024 rd. 52,4 Mrd. Euro)
  - Hilfen zur Erziehung (2024 rd. 19,6 Mrd. Euro)
- Weitere Leistungen, z.B.
  - Grundsicherung für Arbeitsuchende (2025 knapp 938.000 Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern), rd. 24,9 Mrd. Euro Zahlungsanspruch)
  - Wohngeld

(Datenquellen: BMAS, BMF, BMBFSFJ, GKV, Deutsche Rentenversicherung, Statistik der Bundesagentur für Arbeit)



(Quelle: IAQ 2026)

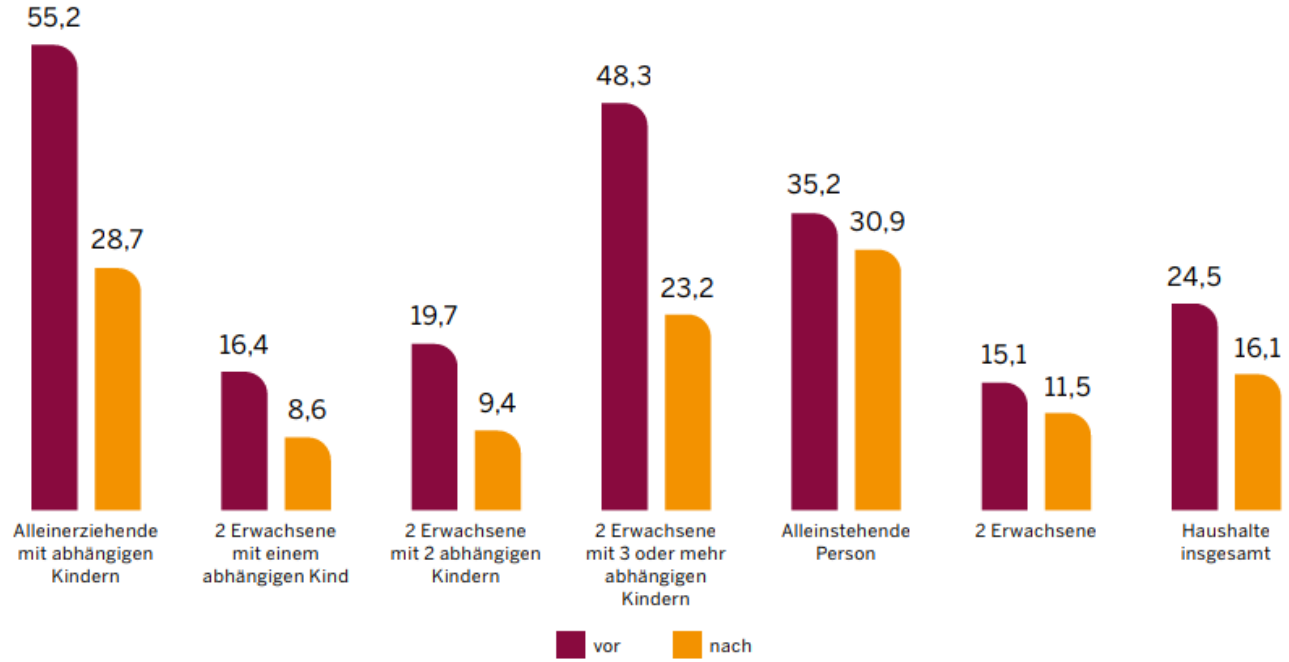
Sozialschutzausgaben für den Funktionsbereich Familie/Kinder in % des BIP, 2024



(Daten: Eurostat, DOI: 10.2908/spr_exp_ffa; eigene Darstellung
Für Frankreich und einige andere Länder lagen keine Daten vor.)

Sozialtransfers tragen maßgeblich zur wirtschaftlichen Stabilität und Reduzierung des Armutsrisikos von Familien bei

Abbildung 4-24: Armutsgefährdungsquoten[1)] von Personen in Deutschland vor und nach Sozialtransfers[2)] nach Haushaltstyp[3)], 2025, in %



[1] Anteil der Personen mit einem Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Bundesmedian; Äquivalenzgewichtung nach der modifizierten OECD-Skala. Einkommensreferenzjahr ist das Vorjahr der Erhebung.

[2] An den Haushalt oder an einzelne Haushaltsmitglieder gezahlte staatliche Sozialleistungen. Dazu zählen Kindergeld und andere Familienleistungen, Wohngeld, Arbeitslosenunterstützung und Leistungen der Grundsicherung. Leistungen für Bildung, Gesundheit, Renten und Pensionen stellen in dieser Definition keine Sozialtransfers, sondern Einkommen dar.

[3] Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren, sofern sie ökonomisch abhängig sind.

Daten: Erstergebnisse MZ-SILC;
Quelle: MKJFGFI NRW 2026

Aber…

hohe Nichtinanspruchnahme bedarfsgeprüfter Sozialleistungen

- untergräbt ihre Wirksamkeit und wirtschaftliche Effizienz
- führt zu ungerechtfertigten Ungleichheiten zwischen den Anspruchsberechtigten
- mindert nicht die Notlagen der Betroffenen

(van Ooorschot 1991, 1998; Janssens/van Mechelen 2022; De Schutter 2022; Baisch et al. 2023)

3 Arten der Nichtinanspruchnahme

(van Oorschot 1991, 1995; Warin 2016; van Mechelen/Janssens 2017)

- kein Antrag trotz rechtlichem Anspruch
- kein (voller) Erhalt der Leistung
- keine Berechtigung trotz Bedürftigkeit

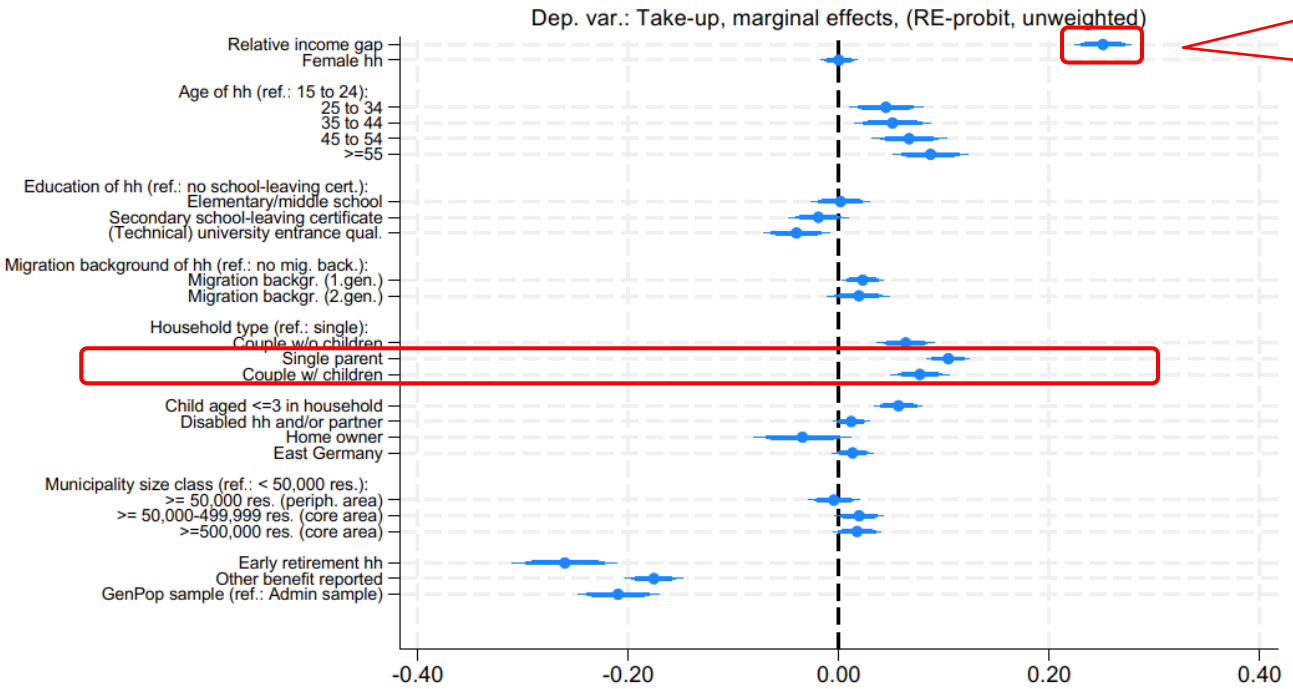
Mikrosimulationsstudien zur Nichtinanspruchnahme

	Bruckmeier & Wiemers 2018			Harnisch 2019	Buslei et al. 2019	Bruckmeier et al. 2021	Wiemers 2026
Datenbasis	SOEP			SOEP	SOEP	PASS / PASS-ADIAB	PASS / PASS-ADIAB
Zeitraum	2013-2014			2005-2014	2010-2015	2008-2013	2008-2020
Leistung	SGB II	KiZ	Wohn-geld	SGB II	SGB XII	SGB II	SGB II
Quote der Nicht-inanspruchnahme	43%	88%	87%	56%	62%	40% / 35%	36% / 33%

- Bestimmung der Quote mit großen Unsicherheiten behaftet: Anspruchsberechtigung nur näherungsweise zu simulieren, diverse Annahmen nötig; Angaben zu Einkommen und Leistungsbezug oft unvollständig; mögliche Stichprobenverzerrung

Alleinerziehende und Paare mit Kindern weisen im Vergleich zu Singles eine höhere Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme von SGB II-Leistungen auf

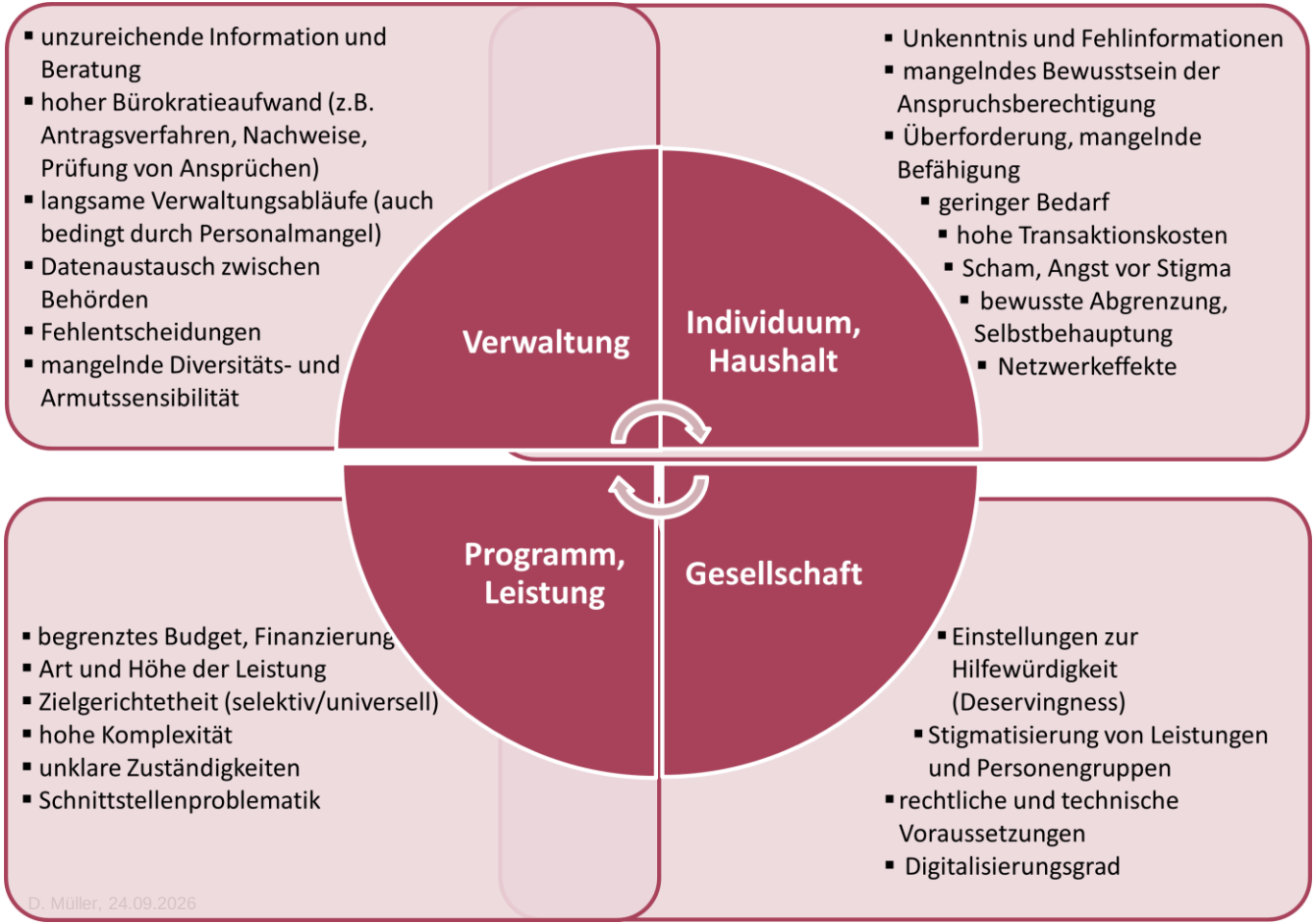
Figure 2: Take-up regression: baseline specification



Relative Einkommenslücke bzw. Bedarfsdeckung entscheidend

(Quelle: Wiemers 2026)

Gründe der Nichtinanspruchnahme



(eigene Darstellung orientiert an Eurofound 2015 und Baisch et al. 2023)

Ansätze zur Steigerung der Inanspruchnahme

(Baisch et al. 2023; Bachmann et al. 2023, van Rießen 2024, 2026)

Verwaltung: proaktive Systeme (z.B. gezielte Informationskampagnen, automatische Anmeldung, One-Stop-Shops), einfache Antragsverfahren (z.B. zeit- und ortsunabhängige Onlinezugänge, vorausgefüllte Verwaltungsdaten, Sprache), interne Organisation (z.B. Betreuungsrelation, Kommunikationstrainings, Diversitätssensibilität) (Ratzmann 2019), rechtskreisübergreifende Kooperation (Janda 2024)

Individuum/Haushalt: Information, Empowerment und begleitete Antragstellung durch Organisationen und Netzwerke (z.B. Sozialberatung, Familienzentren, Selbsthilfeorganisationen)
→ Türöffnerfunktion von „welfare mediators“ (Ratzmann/Heindlmaier 2022) und „take-up agents“ (Holler/Benish 2020, vgl. Weyrich 2023)

Leistungsgestaltung: einfache, transparente, stabile und zeitnah verfügbare Leistungskriterien, Marketing

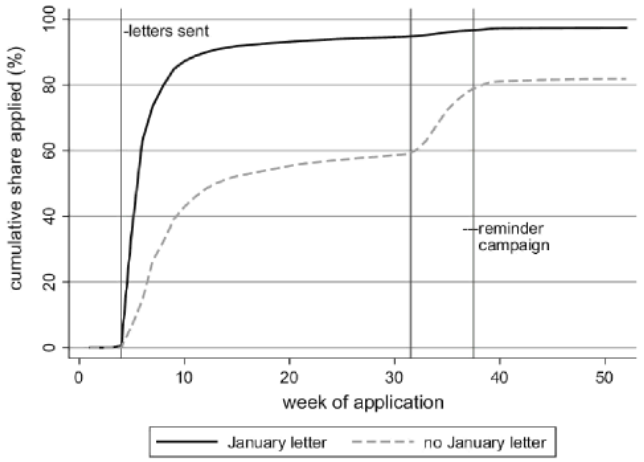
Gesellschaft: erleichterter Zugang zu Internet und E-Government, Sensibilisierung für Nichtinanspruchnahme, Entstigmatisierung

Informationsbriefe zur Garantierente (Finnland)

(Matikka/Paukkeri 2022)

Garantierente *Takuueläke* wird als Zusatzleistung an Rentner:innen mit geringem Einkommen ausgezahlt

- Zur Einführung 2011 Versand von Informationsbriefen mit vorausgefüllten Antragsformularen an eine Teilgruppe der potentiell Anspruchsberechtigten; nach einem halben Jahr weitere Informationskampagne
- Antragswahrscheinlichkeit der Treatmentgruppe stieg bereits nach drei Monaten auf über 80%, in der Kontrollgruppe nur auf 51%; zweite Informationskampagne führte auch bei der Kontrollgruppe zu weiterem Anstieg



(b) Cumulative share of applications

MISSION-Projekt in der Stadt Kortijk in Flandern (Belgien)

(van Lancker et al. 2020)

Mobile Integrated Social Services Increasing employment Outcomes for people in Need (MISSION).

- Zielgruppe: sozial benachteiligte Familien nach Geburt eines Kindes (Zugang über Gemeindehebammen)
- 3 Programmelemente: aufsuchendes Fallmanagement, Smartphone-App, multiprofessionelles Netzwerk
- Randomisierte kontrollierte Studie (RCT) (n=112 Familien) ergab u.a. positive Effekte auf Inanspruchnahme zusätzlicher finanzieller Unterstützung, Kinderbetreuung und Teilnahme an Arbeitsmarktprogrammen

FIGURE 33. EVOLUTION OF THE RECEIPT OF ADDITIONAL FINANCIAL SUPPORT BY GROUP.

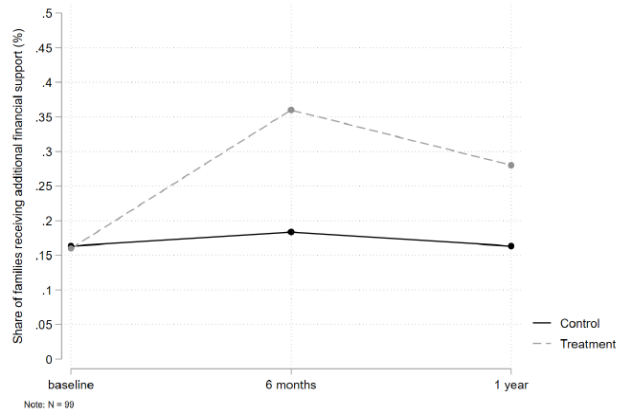
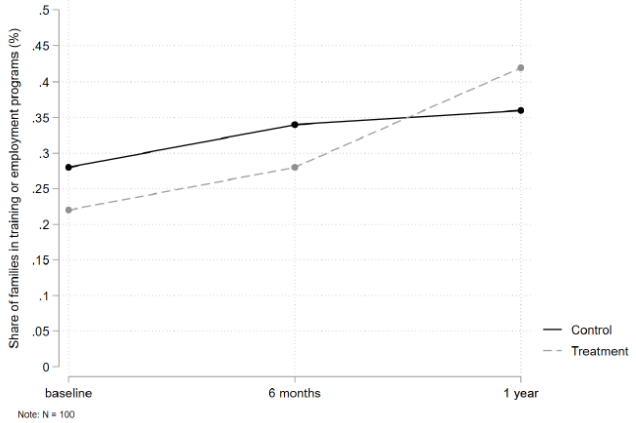


FIGURE 32. EVOLUTION OF THE SHARE OF FAMILIES IN TRAINING OR EMPLOYMENT PROGRAMS BY GROUP



Zu den Empfehlungen der KSR

„Der vorliegende Bericht stellt ein umfassendes Reformkonzept für die steuerfinanzierten Sozialleistungen mit dem dreifachen Ziel dar, **spürbare Erleichterungen für Bürgerinnen und Bürger** zu erzielen, den **Verwaltungsvollzug deutlich zu vereinfachen** und einen **digitalen Neustart des Sozialstaats** auf den Weg zu bringen. Die Empfehlungen der Kommission sollen zudem **positive Arbeitsmarkt- und Fiskaleffekte** bewirken.“ (KSR 2026, S. 9)

- Nichtinanspruchnahme von Leistungen wird nicht explizit adressiert, aber es ist absehbar, dass eine Umsetzung der Empfehlungen zu Änderungen im Inanspruchnahmeverhalten führen wird → Zielkonflikte

Empfehlungen der KSR

I. Neusystematisierung von Sozialleistungen

Bündelung von Leistungen (SGB II, SGB XII, Wohngeld, KiZ), einheitliche Verwaltung, Erstanlaufstellen vor Ort

II. Verbesserung von Erwerbsanreizen

Anpassung der Transferentzugsraten, Einschränkung der EU-Freizügigkeit beim Zugang zu Sozialleistungen

III. Rechtsvereinfachung

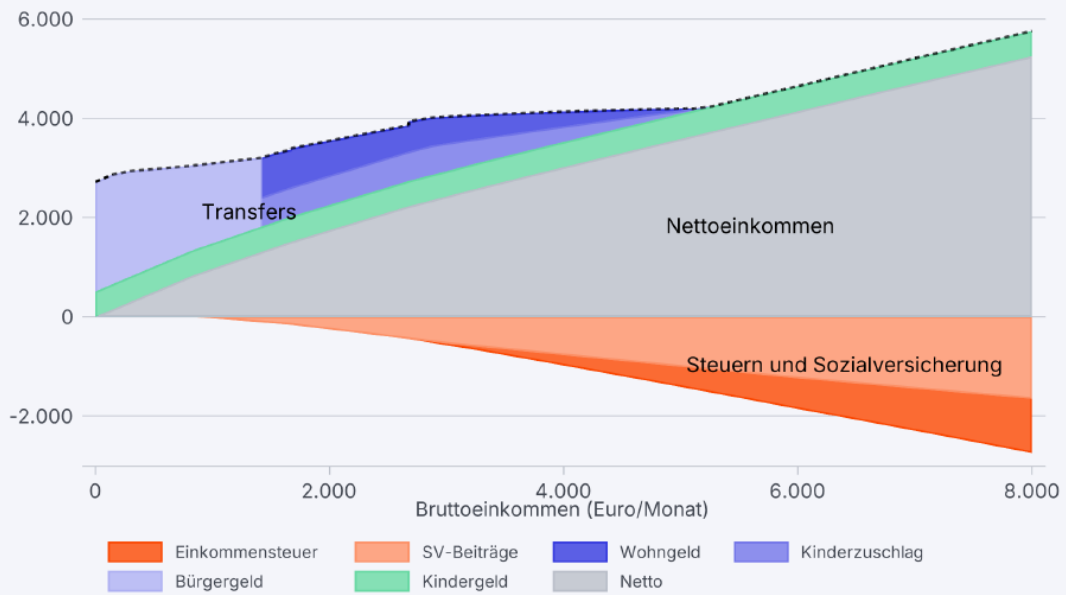
u.a. Vereinheitlichung des Einkommensbegriffs und anderer Rechtsbegriffe, stärkere Pauschalierung existenzsichernder Leistungen, höhere Bagatellgrenzen, vereinfachte BuT-Leistungen, automatische Auszahlung von Kindergeld, kein Parallelbezug von Unterhaltsvorschuss und existenzsichernden Leistungen, spezialisierte Einrichtungen für Unterhaltsrückgriff

IV. Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung

u.a. GaaP, One-Stop-Shops, verbesserter Datenaustausch zwischen Sozialbehörden, vereinfachter Sozialdatenschutz (Umsetzung des Once-Only-Prinzips), Nutzung von KI in automatisierten Verwaltungsverfahren

Bündelung von Leistungen

Abbildung 1: EK-Komponenten – Status quo (2025) – Ehepaar, zwei Kinder, EK 67/33, Mietstufe 3



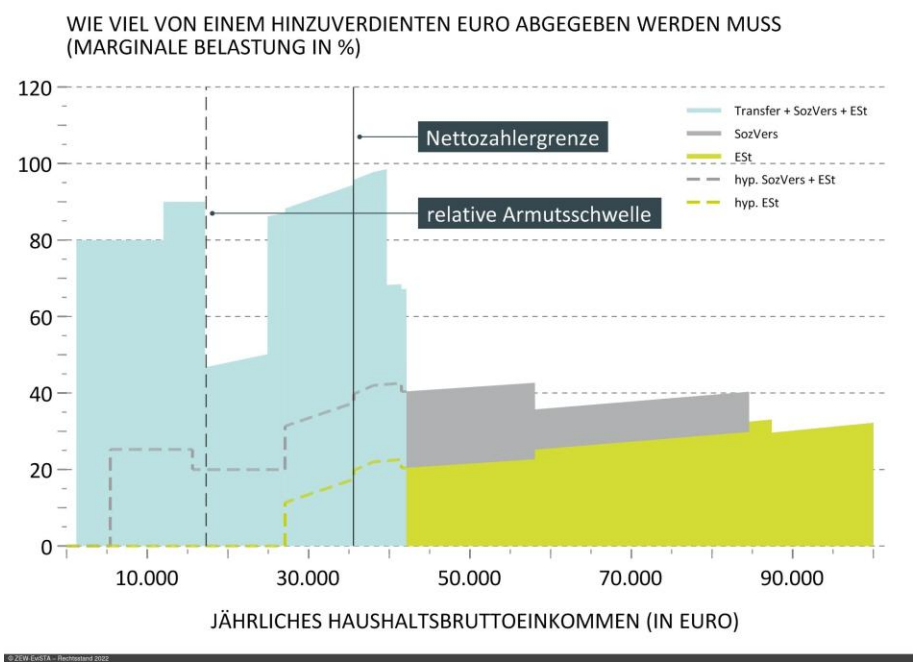
Hinweis: Die Grafik zeigt den Verlauf des verfügbaren Einkommens bezogen auf das Bruttoeinkommen eines Haushalts nach Verrechnung aller Komponenten: Lohn- und Einkommensteuer (ESt), Sozialversicherungsbeiträge (SV), Kindergeld, Kinderzuschlag (KiZ), Wohngeld, Bürgergeld sowie Nettoeinkommen nach Abzug von ESt, SV sowie sonstigen Haushaltsabgaben (Netto). Alle Angaben in Euro/Monat. *Quelle:* ifo-Mikrosimulationsmodell.

- Problemdiagnose: Unübersichtlichkeit, komplizierte Vorrangprüfung, geringe Erwerbsanreize; Lohnabstand

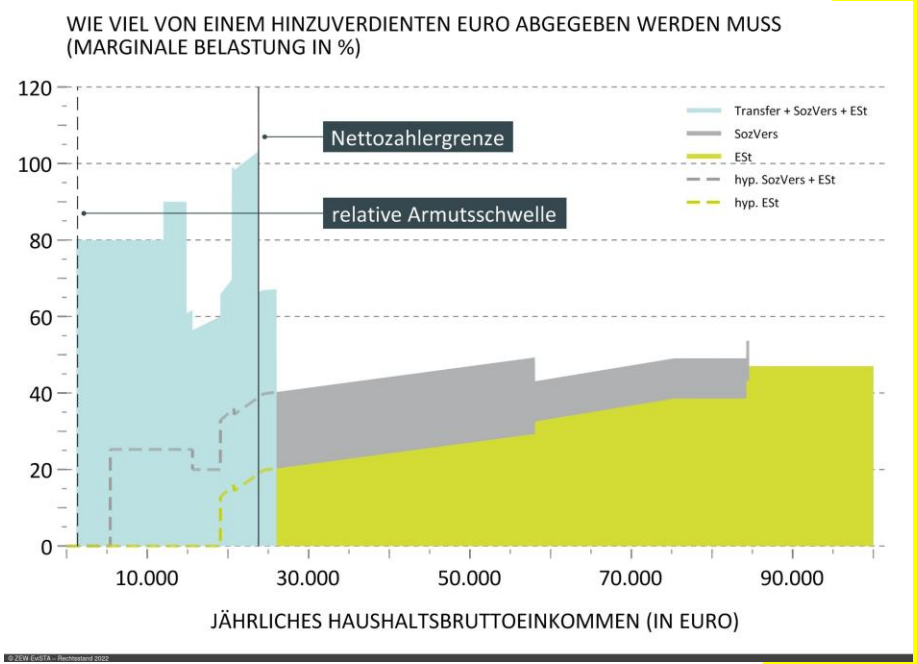
(Quelle: Blömer et al. 2025b

Grenzbelastung

Alleinverdiener-Paarhaushalt mit 2 Kindern



Alleinerziehenden-Haushalt mit 2 Kindern



(Quelle: https://www.zew.de/zew-evista (23.09.2026))

Bündelung von Leistungen

- Unterschiedliche Reformoptionen: Zusammenlegung von KiZ und Wohngeld, Integriertes Transfersystem (KiZ, Wohngeld und Bürgergeld) (Blömer et al. 2025b, 2026a, 2026b), Integriertes Steuer- und Transfersystem (ISTS) (Strengmann-Kuhn et al. 2025)
- Wirkungen auf Arbeitsangebot, Einkommensverteilung, Zahl der Transferhaushalte und fiskalische Kosten hängen von der konkreten Ausgestaltung ab → Zielkonflikte erfordern klare Priorisierung der Ziele (Bruckmeier et al. 2025)
- Bündelung von Leistungen grundsätzlich positiv (Vereinfachung, weniger Anlaufstellen), aber unterschiedliche Systemlogiken beachten (Einzelfall-/Bedarfsgerechtigkeit vs. Pauschalierung) (Stichnoth 2025; Janda 2024) ⟶ Zuständigkeit beeinflusst Stigma, Zugang zu benachteiligten Gruppen etc. (Blomberg/Kroll 2020)
- Weitere Baustellen: multiple Vermittlungshemmnisse bei Grundsicherungsbeziehenden (Beste et al. 2023), Kinderbetreuung häufigster Grund für Freistellung von der Arbeitssuche (Artmann 2024), andere Fehlanreize für Erwerbsarbeit (u.a. Ehegattensplitting), Schnittstellen zu Unterhalt und Unterhaltsvorschuss, Neuberechnung des Existenzminimums (Becker/Held 2021)

Digitalisierung

- positiv: nicht öffentliche Antragstellung vermindert Stigma (Friedrichsen/Schmacker 2019), ist zeit- und ortsunabhängig (Baisch et al. 2023)

- neue Hürden
  - Bsp. Wohngeld: digitale Auffindbarkeit zentraler Portale im föderalen System, mehrfache Weiterleitungen, Medienbrüche, mangelnde Robustheit ggü. Nutzerfehlern (Hecht/Plomin 2025)
  - Bsp. Kitaportale: große Unterschiede in Funktionsumfang, Zugänglichkeit, Nutzerfreundlichkeit (Jehles 2026)

- fehlende technische Ausstattung oder Digitalkompetenz
- selektive Nutzung ähnlicher verfügbarer Angebote (Bsp. EPA und digitale Rentenübersicht) (Wilke/Pressler 2026)



(Quelle:BMBFSFJ)

Rolle der Beratung und Erstanlaufstellen vor Ort

- komplexere Sachverhalte, Lebenssituation und persönliche Beweggründe sind in digitalen Settings schwer vermittelbar → Fachkräften fehlen relevante Kontext-informationen für Ermessensentscheidungen und zielgenaue Hilfen (Döring/Löbel 2020)

- Entlastung der Fachkräfte von Routinetätigkeiten soll mehr Zeit für beratungs- und prüfintensive Fälle ermöglichen (Enablement-These), aber Differenzierung zwischen einfachen und komplexen Fällen schafft neue Trennlinien (Janda 2024)

- Lebenslagenorientierte Beratung vor Ort bleibt entscheidend für den Zugang zu Sozialleistungen und familienbezogener Infrastruktur!!!

Ein kurzes Fazit

- Familien profitieren von einer Vielzahl sozialstaatlicher Leistungen; diese tragen maßgeblich zur wirtschaftlichen Stabilität und zum Wohlergehen von Eltern und Kindern bei

- Das bestehende Sozialleistungssystem ist stark fragmentiert und unübersichtlich. Die hohe Nichtinanspruchnahme von Leistungen gefährdet letztlich die Legitimität des Sozialstaats.

- Die vorliegenden Reformvorschläge gehen in die richtige Richtung, bis zu einem integrierten Transfersystem (bzw. Steuer- und Transfersystem) oder digitaler Neuausrichtung ist jedoch noch ein langer Weg. Manche Baustellen sind noch gar nicht im Blick. Aktuell ist in vielen Bereichen eher ein Abbau des Schutzniveaus zu beobachten, mit kumulativen Belastungen für Familien.

- „Zugänglichkeit“ umfasst einerseits die niedrigschwellige und proaktive Gestaltung des Zugangs zu Sozialleistungen und familienbezogener Infrastruktur, andererseits die Befähigung der Bürger:innen, diese auch zu nutzen (Levesque 2013). Bildung und Beratung kommt in diesem Zusammenhang eine tragende Rolle zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dagmar Müller
Deutsches Jugendinstitut e.V.
Abteilung Familie und Familienpolitik
Fachgruppe Familienpolitik und Familienförderung
E-Mail: dmueller@dji.de
Internet: www.dji.de/familie/FGF2



Bild von Uschi Dugulin auf pixabay.com

Literatur

Artmann, Elisabeth (2024): Für Mütter im Grundsicherungsbezug ist Kinderbetreuung der mit Abstand wichtigste Grund für die Freistellung von der Arbeitssuche. In: IAB-Forum, 2. September 2024

Bachmann, Ronald/Klauser, Roman/Schmidt, Marc Justin/Vonnahme, Christina/Yasar, Serife (2023): Maßnahmen zur Reduzierung der Nichtinanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen. Forschungsbericht im Rahmen des Siebten Armuts- und Reichtumsberichts. Endbericht. Hrsg. vom BMAS, Berlin

Baisch, Benjamin/Müller, Dagmar/Zollner, Corinna/Castiglioni, Laura/Boll, Christina (2023): Barrieren der Inanspruchnahme monetärer Leistungen für Familien. München: DJI. https://doi.org/10.36189/DJI202305

Becker, Irene/Held, Benjamin (2021): Regelbedarfsbemessung – eine Alternative zum gesetzlichen Verfahren. Berechnungen auf Basis der EVS 2018 unter Berücksichtigung von normativen Vorgaben der Diakonie Deutschland. Herausgegeben von der Diakonie Deutschland, Berlin

Beste, Jonas/Coban, Mustafa/Trappmann, Mark (2023): Zahlreiche Faktoren verringern die Erfolgsaussichten von Grundsicherungsbeziehenden. In: Wirtschaftsdienst, 103(2), S. 123-129

Blömer, Maximilian/Fischer, Lilly/Klaeren, Paul/Peichl, Andreas (2025a): Auf der Suche nach Passierschein A38. Eine Inventur im „Haus der sozialen Hilfe und Förderung“. In: ifo Schnelldienst, 78(10), S. 69-73

Blömer, Maximilian/Eser, Eike Johannes/Fischer, Lilly/Peichl, Andreas (2025b): Konzeption eines integrierten Sozialtransfersystems. ifo-Studie im Auftrag der IHK für München und Oberbayern. München

Blömer, Maximilian/Bonin, Holger/Bruckmeier, Kerstin/Fischer, Lilly/Lange, Theresa/Pannier, Manuel/Sommer, Maximilian/Stichnoth, Holger/Wiemers, Jürgen (2026a): Mikrosimulation von Reformoptionen steuerfinanzierter Sozialleistungen. Hrsg. vom BMAS, Berlin

Blömer, Maximilian/Fischer, Lilly/Lange, Theresa/Lucas, Nicola (2026b): Reduktion von Armutsrisiko im integrierten Transfersystem: Simulationsanalyse einer existenzunterstützenden Leistung. Studie im Auftrag des AWO Bundesverbands e.V. München: ifo Institut

Blomberg-Kroll, Helena/Kroll, Christian (2020): For Better and for Worse? On the Transformation of the Finnish Social Assistance Scheme. In: Social Work & Society, 18(1), S. 1-10

BMFSFJ (2010). Bestandsaufnahme der familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen des Staates im Jahr 2010. Berlin

Bogumil, Jörg/Gräfe, Philipp (2024): Fragmentierung der Sozialpolitik – Eine Literaturstudie. DIFIS-Studie 2024/6. Duisburg/Bremen

Bogumil, Jörg/Kuhlmann, Sabine/Heuberger, Moritz/Marienfeldt, Justine (2022): Bürgernahe Verwaltung digital? I-Kfz und digitaler Kombiantrag Elternleistungen im Praxistest. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn

Boll, Christina (2021): Soziale Disparitäten bei der Nutzung familienbezogener sozialer Infrastruktur. München

Bonin, Holger/Fichtl, Anita/Rainer, Helmut/Spieß, C. Katharina/Stichnoth, Holger/Wrohlich, Katharina (2013): Zentrale Resultate der Gesamtevaluation familienbezogener Leistungen. In: DIW Wochenbericht Nr. 40, S. 3-13
Bruckmeier, Kerstin & Jürgen Wiemers (2018): Benefit take-up and labor supply incentives of interdependent means-tested benefit programs for low-income households. In: Comparative Economic Studies, Jg. 60, H. 4, S. 583-604
Bruckmeier, Kerstin/Riphahn, Regina T./Wiemers, Jürgen (2021): Misreporting of program take-up in survey data and its consequences for measuring non-take-up: new evidence from linked administrative and survey data. In: Empirical Economics, 61. Jg., H. 3, S. 1567–1616
Bruckmeier, Kerstin/Sommer, Maximilian/Wiemers, Jürgen (2025): Zielkonflikte und Ansatzpunkte zur Reform des Sozialsystems. In: ifo Schnelldienst, 78. Jg., H. 12, S. 10-13
Bruckmeier, Kerstin/Lietzmann, Torsten/Lobato, Philipp Ramos/Wiemers, Jürgen/Wilke, Felix (2026): Wie sichtbar ist der Sozialstaat? Die Bekanntheit zentraler bedarfsorientierter Leistungen. In: Wirtschaftsdienst, 106(5), S. 355-361
Buslei, Hermann/Geyer, Boris/Haan, Peter/Harnisch, Michelle (2019): Starke Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung deutet auf hohe verdeckte Altersarmut. In: DIW Wochenbericht, Nr. 49, S. 910-917
De Schutter, Olivier (2022): Non-take-up of rights in the context of social protection. Report of the Special Rapporteur on extreme poverty and human rights, Olivier De Schutter. UN General Assembly, Human Rights Council, Fiftieth Session, 13 June-8 July 2022. UN Doc. A/HRC/50/38
Döring, Matthias/Löbel, Stephan (2020): Folgen der Digitalisierung auf öffentliche Dienstleistungen. In: Klenk, Tanja/Nullmeier, Frank/Wewer, Göttrik (Hrsg.): Handbuch Digitalisierung in Staat und Verwaltung. Wiesbaden, S. 1–9
Eckhardt, Jennifer (2023): Spannungsfeld Nichtinanspruchnahme. Wenn Bedürftige auf den Sozialstaat verzichten. Weinheim/Basel
Eurofound (2015): Access to social benefits. Reducing non-take-up. Luxembourg
Friedrichsen, Jana/Schmacker, Renke (2019): Die Angst vor Stigmatisierung hindert Menschen daran, Transferleistungen in Anspruch zu nehmen. In: DIW Wochenbericht, Nr. 26, S. 456-461
Harnisch, Michelle (2019): Non-Take-Up of Means-Tested Social Benefits in Germany. DIW Discussion Papers 1793, DIW Berlin
Hecht, Stefanie/Plomin, Jana (2025): Zwischen Antrag und Alltag: Lebensrealitäten von Wohngeldberechtigten. Explorative Einblicke in Nutzungserfahrungen. Berlin
Holler, Roni/Benish, Avishai (2020): Into the Promised Land: Modelling the Role of Take-Up Agents in Realising Welfare Rights. In: Social Policy and Society, 21. Jg., H. 2, S. 157–171
IAQ (2026): Sozialpolitik aktuell. https://www.sozialpolitik-aktuell.de/ (22.09.2026)

Janda, Constanze (2024): Zugänglichkeit des Sozialstaats. Wege aus der Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen. DIFIS-Studie 2024/9. Duisburg/Bremen
Janssens, Julie/van Mechelen, Natascha (2022): To take or not to take? An overview of the factors contributing to the non-take-up of public provisions. In: European Journal of Social Security, 24. Jg., H. 2, S. 95–116
Jehles, Nora (2026): Digitale Chancengleichheit beim Zugang zu früher Bildung. Zur Verbreitung und Zugänglichkeit kommunaler Kita-Portale. DIFIS-Studie 2026/5. Duisburg/Bremen
Levesque, Jean-Frederic/Harris, Mark F./Russell, Grant (2013): Patient-centred access to health care: conceptualising access at the interface of health systems and populations. In: International Journal for Equity in Health, 12. Jg., S. 12-18
Lucas, Barbara (2024): Non-take-up as a social experience. Towards a typology of not claiming social benefits. In: Culture, Practice & Europeanization, 9. Jg., H. 2, S. 176-201
Matikka, Tuomas/Paukkeri, Tuuli (2022): Does sending letters increase the take-up of social benefits? Evidence from a new benefit program. In: Empirical Economics, 63. Jg., S. 3253–3287
MKJFGFI NRW (Hrsg.) (2026): Familienbericht NRW: Familien im Blick. Lebenslagen verstehen. Zukunft gestalten. Düsseldorf. https://www.familienbericht.nrw.de/
Ratzmann, Nora (2019): Caught between the local and the (trans)national EU citizens at the front-line of German welfare policy. Doctor Thesis, The London School of Economics and Political Science (LSE). London
Ratzmann, Nora/Heindlmaier, Anita (2022): Welfare Mediators as Game Changers? Deconstructing Power Asymmetries Between EU Migrants and Welfare Administrators. In: Social Inclusion, 10. Jg., H. 1, S. 205–216
Sielaff, Mareike/Wilke, Felix (2022): Die Nichtinanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen. Einschätzungen, Begründungen & Veränderungsvorschläge aus Sicht der Bürger:innen. Jena
Stichnoth, Holger (2025): Bürgergeld: Reformempfehlungen. In: Wirtschaftsdienst, 105(8), S. 542
Strengmann-Kuhn, Wolfgang/Opielka, Michael/Bach, Stefan (2025): Ein integriertes Steuer- und Sozialtransfersystem zur Absicherung des Existenzminimums. DIFIS-Studie 2025/9. Duisburg/Bremen
van Lancker, Wim/ Cappelle, Helene/Cox, Nele/Decorte, Ann/Defossez, Evelien/Denoo, Hanne/Stevens, Frank/Willems, Anna (2020). MISSION: final report. OCMW Kortrijk, Belgium
van Mechelen, Natascha/Janssens, Julie (2017): Who is to blame? An overview of the factors contributing to the non-take-up of social rights. Herman Deleeck Centre for Social Policy, Working Paper No. 17.08. Antwerp

van Oorschot, Wim (1991): Non-Take-Up of Social Security Benefits in Europe. In: Journal of European Social Policy, 1. Jg., H. 1, S. 15–30
van Oorschot, Wim (1995): Realizing Rights. A multi-level apporoach to non-take-up of means-tested benefits. Aldershot
van Oorschot, Wim (1998): Failing selectivity. On the extent and causes of non-take-up of social security benefits. In: Andreß, Hans-Jürgen (Hrsg.): Empirical poverty research in a comparative perspective. Aldershot, S. 101–132
van Rießen, Anne (2024): Ursachen der Nicht-Nutzung von monetären und infrastrukturellen sozialpolitischen Leistungen. DIFIS-Studie 2024/7. Duisburg/Bremen
Warin, Philippe (2016): The non take-up: definition and typologies. ODENORE Working Paper 1. Grenoble
Weyrich, Katharina (2023): Sozialrechtsbezogene Beratung. Eine empirische Analyse zur Herstellung des Zugangs zum System sozialer Sicherung. Wiesbaden: Springer VS
Wiemers, Jürgen (2025): Non-Take-Up of Unemployment Benefit II in Germany: A Longitudinal Perspective Using Administrative Data. arXiv papers 2508.21535, DOI:10.48550/arXiv.2508.21535.
Wilke, Felix/Pressler, Wesley (2026): Schritt für Schritt zum digitalen Sozialstaat? Eine empirische Analyse zur Zugänglichkeit von elektronischer Patientenakte und digitaler Rentenübersicht. In: Zeitschrift für Sozialreform, https://doi.org/10.1515/zsr-2026-0017

Abkürzungsverzeichnis

BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBFSFJ	Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BuT	Bildungs- und Teilhabeleistungen
DIFIS	Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin
DJI	Deutsches Jugendinstitut e.V.
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union
FBBE	Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung
GaaP	Government as a Platform
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
IAQ	Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen
ifo	ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.
KiZ	Kinderzuschlag
KSR	Kommission zur Reform des Sozialstaats
MKJFGFI NRW	Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
MZ-SILC	Mikrozensus, Unterstichprobe Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen
PASS	Panel Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung
PASS-ADIAB	PASS-Befragungsdaten verknüpft mit den mit den administrativen Daten des IAB zu Beschäftigung, Arbeitssuche, Leistungsbezug und Maßnahmeteilnahme
SGB II	Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende
SGB XII	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel